

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tischler-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Backstein- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Bager- und Stützbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Florieren, Stielenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund  
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 200/01 7650, 7651, 6240. Postkred. Berlin 65232

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsausgaben nach Carl-Druck-Verlag, Berlin SW 11.

### Der freiwillige Arbeitsdienst und wir Bauarbeiter.

Den nachfolgenden Aufsatz unseres Bundesvorsitzenden Kollegen Bernward empfiehlt sich vor zu angelegentlichem Studium und tiefsten Bedenken an unsere Bauwerkskassen und Funktionäre, uns ihre eigenen wertvollen Erfahrungen an diesem Gebiet gelegentlich mitzuteilen. Nach dieser kurzen Einleitung geben wir nunmehr dem Kollegen Bernward das Wort.

Die große Not unserer Zeit veranlaßt die Menschen zu allerhand krausen Vorschlägen und Handlungen. Das Gefühl verdrängt den Verstand. So ist es auch beim Arbeitsdienst, bei dieser durch furchtbare leibliche und seelische Not dem einzelnen aufgezwungenen „Freiwilligkeit“ der Dienstleistung für andere. Seit über einem halben Jahr wird experimentiert. Die Juniverordnung 1931 schuf mit dem neuen § 139a des ABWV die gesetzliche Grundlage. „Gefördert werden dürfen

überall dort, wo die einfachen und mechanischen Arbeitsleistungen durch Freiwillige ausgeführt werden. Damit haben wir dann die Lutherische gelobte Hilfswirtschaft“. Die Bestürmer sehen die Entlohnung bereits heute so: Jede Arbeiter — nicht nur Bauarbeit —, die nur einer gewissen Übung, eines bescheidenen Aniermens bedarf, wird im „freiwilligen“ Arbeitsdienst angestellt. Die Stellung von Aufsichtorganen und geleiteten Fachkräften macht ja wenig Schwierigkeiten und schließlich kann

dem Urteil der Stadtbauämter und vieler anderer Behörden. Aber, so wird uns gesagt, Wirtschaftlichkeit sei Nebensache, Hauptsache bleibe das ethische und erzieherische Moment.

Wir geben zu: Die jahrelange Arbeitslosigkeit, diese nervenzerrüttende Unfähigkeit hat eine für den einzelnen, für das Familienleben, die Gesellschaft und den Staat unerträgliche Stimmung geschaffen. In das dumpe Dahinbrüten kommt kaum noch ein Hoffnungsschrahl. Die Regierenden sehen talentlos zu, wie ein Stück Wert nach dem anderen verdirbt, wie die motorischen Kräfte, das Rohmaterial und die Geräte der Bauwirtschaft sowie ihre menschlichen Arbeitskräfte verkommen. Infast die vorhandenen Kraftquellen zu nützen, werden durch Steuern und sonstige Abgaben die letzten Säfte aus dem Volkshörper gepreßt. Kein Wunder, daß jeder Arbeitslose jeden Strohhalm der Hilfe ergreift und besonders die Jugend zur Tätigkeit drängt und — angelockt von dem romantischen und sportlichen (besser gesagt spielerischen) Getöse — zugreift. Es ist schlimm bestellt um die Lehrlinge, noch schlimmer um die Ausgelernten und sonstigen Jugendlichen. Was durch unsere Anregung an Versuchen zur Überbrückung der seelischen Not durch Abhaltung von Kursen für Jugendliche mit Unterstützung der Reichsanstalt bisher getan wurde, soll lobend anerkannt werden. Aber das sind doch

nur geminnliche zufällige Arbeiten, die ohne die Förderung auch nicht im Wege der Kostlandsarbeiten bereitgestellt werden können, insbesondere Bodenverbesserungsarbeiten, Herrichtung von Giedlungs- und Kleingartenland, örtliche Verkehrsverbesserungen und Arbeiten, die der Hebung der Volksgesundheit dienen.“ Einige Monate später, in der Dritten Juniverordnung vom 6. Oktober 1931, wurde der Kreis weiter gezogen. Im Kapitel II über landwirtschaftliche Giedlungs- und städtische Kleinliehng, Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose, heißt es im § 4: „Die Arbeiten zur Aufschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Bauwerke können im gemeinsamen und zufälligen im Sinne des § 139a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.“ Seitdem sind mehr als 2100 Arbeiter der verschiedensten Art, allermeist Bodenbewegungsarbeiten, von fast 60 000 „Freiwilligen“, das sind

mit Lohnsenkung für Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis soweit nachgeholfen

werden, daß der Unterschied nicht mehr sehr gemischt ist. Herr Treitmanus schreibt: „Eine große Sorge war ja bisher die Beschränkung in der Auslegung der „Zufälligkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ der für den Arbeitsdienst in Frage kommenden Aufgaben. Ich habe nie die Gefahr eines Mißbrauchs gesehen, wenn man die Bodenkulturen, von der Giedlung angefangen über die vernünftige Regelung der Wasserwirtschaft bis zu Wegebauten, als den gegebenen Arbeitsraum ansieht.“ So etwas ist einfach unerhörte! Wenn diese Gedanken die gegenwärtigen Beratungen der Reichsregierung beherrschen, dann wird wohl das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm auf den freiwilligen Arbeitsdienst abgestellt werden! Es würde sich dann nicht mehr nur um primitive Erdbewegungsarbeiten, zu deren Ausführung keine Maschinen und Fachkräfte nötig sind, handeln, vielmehr soll der bisher gezogene Rahmen gesprengt, es sollen die Tore geöffnet werden für alle Bauarbeiten! Wenn der § 139a ABWV. ausgedehnt werden soll auf alle Bauaufgaben, „die mangels anderer öffentlicher Mittel nicht zur Ausführung kommen können“, dann ist der Weg frei für den Straßenbau, für Talsperren- und Wehdbau, für Trinkwasser- und Abwasseranlagen, für Kanalbauten, Brückenbauten, Eisenbahnbauten — und schon ist auch die Scheu vor jeder Art Hochbau überunden! Das aber bedeutet eine ebenso

nur schwache Tropfen auf die glühende Verzweiflungsschmelze!

Früher konnten die Junggesellen auf Wanderschaft gehen, Land und Volk kennenlernen, sich in ihrem Beruf weiter ausbilden und so eine gewisse Lebensklugheit und Selbstständigkeit erwerben. Heute ist unser Jugendvolk in die Enge der Elternstube gedrängt oder sie hat ihren Platz auf der Stempelstelle und Straße — aber ohne Sinn und Zweck, des Lebens überdrüssig, kein Ziel vor Augen! Deshalb erscheint ihm das Leben selbst nur noch wenig lebenswert. Aber ist

knapp 1 % der Arbeitslosen, ausgeführt. Nicht nur öffentliche Körperlichkeiten, sondern auch christliche und politische Vereinigungen, Sportorganisationen, Jugendverbände, sogar das Reichsbanner sind Träger der Arbeit. Ein beachtlicher Teil der Arbeiten hat unmittelbaren volkswirtschaftlichen Wert, andere Arbeiten sind geeignet, die Volksgesundheit zu heben oder der körperlichen Erleichterung zu dienen, sie kommen demnach mindelstens mittelbar der Volkswirtschaft zugute.

unerblickte wie sinnlose Förderung der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter,

die Lage der Väter, der Verheirateten nicht noch schlimmer?

Sie sind die Sorgenden und die Epizentren der ganzen Familie, in den meisten Fällen auch für die jugendlichen Arbeitslosen. Kann man den Jungen Arbeit geben und den Vater als Zuschauer dabeistellen? Wollen die Bestürmer des Arbeitsdienstes etwa das Wort umkehren, daß ein Vater wohl 12 Kinder ernähren kann, aber sehr selten 12 Kinder den Vater? Es wird immer so bleiben und es ist auch heute so trotz der sonst erfreulichen Selbstständigkeit der Jugend: Hat der Vater Arbeit, dann hat auch zumeist der jugendliche Sohn seinen, wenn auch knappen Lebensunterhalt. Selbst den Jungverheirateten hilft jugendlicher Optimismus über manche trübe Stunde leichter hinweg. Die Jugend hat ein Recht auf Arbeit! Jawohl! Aber die Alten, die Ernährer der kleinen und großen Kinder und deren Mütter haben ein doppeltes und vielfaches Recht auf Arbeit!

Schon spricht der Herr Reichsminister Treitmanus von einem „Siegessäug dieser behelfsmäßigen Versuch“. Die Zulassungsbestimmungen müßten erweitert werden, um „dem

deren Verdammung zur Dauerarbeitslosigkeit und — da Arbeitsdienst Arbeit ohne Recht ist — ein glatter Hinauswurf der Bauarbeiter aus dem Arbeitsrecht! Dieser Hieb ist für uns nicht weniger empfindlich, wenn er vom Reichsbanner geführt wird...

Was uns besonders süßig machen muß, ist auch die Tatsache, daß einflußreiche nationalistische Kreise im „Freiwilligen“

Justrom gerade aus Akademikerkreisen“ mehr Rechnung zu fragen. Die vielen Hunderttausende seit Herbst 1929 arbeitslosen Bauarbeiter aber, die ihr Handwerk erlernt, es seit Jahren oder Jahrzehnten betrieben haben, bleiben weiter auf der Straße. Der Mann der Feder soll mit Schaufel und Pickel, mit Hammer, Säge und Äxt ein Spielchen machen wie einen Nach-Feierabend-Zeitvertreib im Laubengarten. Nest man solche Ergüsse, dann packt einen wahrhaftig der Menschheit ganzer Jammer an. Ist die Denkwelt jener großen und kleinen Partei- und Gewerkschaftsführer, die den Arbeitsdienst nur von falschen staatspolitischen Erwägungen aus betrachten, etwa auch solcher Art? Oder soll nebenbei der wenig solidarische Zweck erreicht werden, einen Teil der eigenen Mitglieder an die Arbeitsplätze der Bauarbeiter schieben zu können? Ja, und wenn dann alles, was in jahrzehntelangem gewerkschaftlichen Kampfe erungen wurde, kaputtgeschlagen ist, dann werden die Bauarbeiterverbände schon wieder für Ordnung sorgen. So dürfte in solchen Fällen der krause Gedankengang sein. Das Mahnwort: Wehret den Anfängen! blieb unbeachtet. Diese Kurzschäftigen glauben eben, ihr „eigenes“ Haus werde verschont bleiben. Sie sehen nicht, was vorgeht, sie begreifen nicht den Ugrund dieses militärisch-nationalistischen Spiels mit

Wir fragen den Herrn Reichsarbeitsminister als den für die Arbeitsmarktpolitik in erster Linie verantwortlichen Minister: Was geht im Schoße der Reichsregierung vor, welcher neue Anschlag ist gegen die Bauarbeiter beabsichtigt? Soll den Bauarbeitern jede Verdienstmöglichkeit genommen werden? Kann es die deutsche Wirtschaft heute ertragen, daß

die Vorkurse zur militärisch aufgezogenen Pflichtarbeit sehen, und jene am lauesten rufen, die von unseren Arbeiten am wenigsten, oft gar nichts verstehen und sonderbarerweise selbst in fester Stellung sind! Des Bauarbeiters Arbeit wird von den Arbeitsdienstlern mit wirtschaftlicher Verschwendung mehr schlecht als recht getan und — es sei nochmals gesagt —, die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter nicht nur erhalten, sondern vermehrt! Unsere Berufsarbeit, unsere Lebensinteressen sind es, um die es geht, und darum wehren wir uns!

dem Ziel des einjährigen Arbeitssoldaten. Herr Treitmanus bekennt sich dazu ganz offen in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. Mai. Er will den Begriff der Zufälligkeit bei allen Aufgaben sehen, „die für absehbare Zeit mangels anderer öffentlicher Mittel trotz anerkannter Dringlichkeit nicht zur Ausführung kommen können“. Danach dürfte wohl nicht nur in der Bauwirtschaft, sondern in allen Gewerbe- und Industriezweigen, im Wärdienst und in der Landwirtschaft „ausgewechselt“

mit Sach- und Menschengut Schindluder getrieben wird? Beim freiwilligen Arbeitsdienst als einer mehr spielerischen Tätigkeit können die Gesetze der Wirtschaftlichkeit keine Beachtung finden. Von einer pfleglichen Behandlung der Stoffe und Geräte kann beim Hantieren durch Nichtfacharbeiter keine Rede sein. Gefährlich aufgezogene Experimente führen immer zur Unwirtschaftlichkeit, zur Fehlleistung von Kapital und falscher Verwendung menschlicher Arbeitskräfte. Uebereinstimmende Berechnungen von uns und den Unternehmern gewähren den schließlichen Beweis, daß Arbeit im ordentlichen Arbeitsverhältnis billiger ist, abgesehen von den günstigen Rückwirkungen auf die übrigen Wirtschaftszweige, den Staats- und Gemeindefinanzkraft und die Sozialversicherungen. Und verstehen wir den Pfingstartikel des Herrn Treitmanus recht, dann sollen durch diese neue modifizierte Art der Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte sogar den einzelnen persönlichen Werks zugeschanzt werden! Wir empfehlen Herrn Treitmanus, den Bauarbeitern, denen man auf diese Art so ihre Berufsarbeit und damit das Brot ihrer Kinder vom Tische nimmt, in die Augen zu schauen, er wird dann einen anderen Widerstreit der Empfindungen strahlen sehen als den, von dem er in der „Vossischen Zeitung“ glaubt erzählen zu sollen. Und es könnte ihn und das gesamte Reichskabinett schon bedenklich stimmen, wenn die Herren die zuletzt erschienene „Brücke“ des „Berliner Tageblatt“ lesen würden. Die dort veröffentlichten Stimmen klingen anders, sie ent sprechen

Auf unsere Kosten wollen andere gewinnen! Den Arbeitslosen Selbsthilfe predigen ist bequem und billig. Und glückt die Sache, dann ist man seiner sozialen und staatspolitischen Verpflichtung zur Beschaffung von Arbeit entbunden. Wir erkennen an: Bei allem was an Neuem aufsteht sofort dabei sein, jede Mode mifmachen, mit den Wölfen laufen und heulen — das ist leichter als sich wehren! Bedenken haben ja nur die „Rückständigen“, die „geistig Unbeweglichen“, die „Radikalstücker“. Große Worte werden gemacht, allerdings sind es näher befehen



### Die Lohnabbaumaschine im Baugewerbe.

Auch die neuerdings gefällten Schiedssprüche der Sondergerichte bewegen sich in den Bahnen des einschneidenden Lohnabbaus. Das ist zwar volkswirtschaftlich und politisch gesehenbarer Art, aber die Schlichter arbeiten nach Verzicht. Und außerdem wiegen sich manche Volkskreise in dem Wahn, durch Senkung der Bauarbeiterlöhne könne das katastrophal daniederliegende Baugewerbe „angekurbelt“ werden. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Das Gebieten der Bauwirtschaft hängt von ganz anderen Faktoren ab, wir haben dies erst im vorigen „Grundstein“ nachgewiesen. Und wir werden erleben, daß selbst wenn die Löhne im Baugewerbe abgebaut werden, die Beschäftigten erhalten, dennoch nicht gebaut werden wird, obwohl sich dann das Bauen billiger stellen dürfte als in der Vorkriegszeit. Aber der Lohnabbaufimmel fordert seinen Tribut. Die Schlichter und die Unternehmerräte fühlen sich oben, ihren volkswirtschaftlich äußerst schädlichen Forderungen kommt das Reichsarbeitsministerium in mehr als bedenklicher Weise entgegen. Doch hierüber und über manches andere wird noch nach Abschluß der Bewegung allerlei zu sagen sein. Für heute wollen wir uns damit begnügen, weitere Resultate aus den Lohnverhandlungen mitzuteilen.

Für das Lohngebiet Norden (Hamburg) hat nunmehr der Sondergerichtlicher selbstständig einen Schiedsspruch gefällt. Danach wurde der Stundenlohn für Facharbeiter im Lohngebiet Hamburg I abgebaut um 128 auf 109  $\frac{1}{2}$ , für Hamburg II von 125 auf 102  $\frac{1}{2}$ . Das bedeutet einen Lohnabbau von 14,8 und 18,4%. Im Tiefbau wurde der Stundenlohn in Hamburg I abgebaut von 89 auf 78  $\frac{1}{2}$ , in Hamburg II von 89 auf 70  $\frac{1}{2}$ . Das bedeutet einen Abbau um 18 und 21,3%. Im Lohngebiet Schleswig-Holstein wurde in allen fünf Lohnklassen der Stundenlohn für Facharbeiter um 20  $\frac{1}{2}$  abgebaut, in der obersten Lohnstufe von 111 auf 91  $\frac{1}{2}$ , in der niedrigsten von 88 auf 68  $\frac{1}{2}$ . Das bedeutet in den fünf Lohnklassen einen Abbau um 18 bis 22,7%. Im Tiefbau bewegt sich der Abbau des Stundenlohns zwischen 17 und 19  $\frac{1}{2}$ . Der Lohn beträgt jetzt in der obersten Lohnklasse 62, in der beiden niedrigeren Lohnklassen 50  $\frac{1}{2}$  je Stunde. Prozentual gesehen beträgt hier der Lohnabbau 23,3 bis 26,5%. Die Löhne sollen erstmalig kündbar sein zum 30. November 1932.

Die Verhandlungen für das Vertragsgebiet Provinz Brandenburg führten zu keiner Verhängung, so daß die Schlichterkammer gebildet werden mußte. Sie fällt einen Spruch, wonach mit Wirkung vom 19. Mai an der Stundenlohn für Facharbeiter um 12 bis 19  $\frac{1}{2}$  gekürzt wird. In der obersten Lohnklasse wurde der Stundenlohn von 113 auf 94  $\frac{1}{2}$ , in der untersten Klasse von 70 auf 58  $\frac{1}{2}$  abgebaut, prozentual gesehen um 16,5 bis 18,1%. Im Tiefbau bewegt sich der Lohnabbau zwischen 5 und 14  $\frac{1}{2}$  je Stunde. Er sinkt in der obersten Lohnklasse von 67 auf 56  $\frac{1}{2}$ , in der untersten Lohnklasse von 49 auf 44  $\frac{1}{2}$ . Prozentual gesehen bewegt sich der Lohnabbau zwischen 10,21 und 20,9%. Die neue Lohnregelung kann erstmalig gekündigt werden zum 31. Dezember 1932.

Im Lohngebiet Grenzmark wurde der Stundenlohn für Facharbeiter in der obersten Lohnklasse gekürzt um 93 auf 77  $\frac{1}{2}$ , in der zweiten Lohnklasse von 89 auf 70  $\frac{1}{2}$ , in der dritten Lohnklasse von 82 auf 63  $\frac{1}{2}$ . Prozentual gesehen bedeutet dies einen Lohnabbau um 17,2, um 21,3 und um 23,2%. Der Stundenlohn der Tiefbauarbeiter wurde gekürzt in der obersten Stufe von 61 auf 53  $\frac{1}{2}$ , in der Mittelstufe von 55 auf 48  $\frac{1}{2}$ , in der untersten Stufe von 51 auf 44  $\frac{1}{2}$ . Dies ist prozentual ein Lohnabbau von 12,7 bis zu 13,7%.

Für das Lohngebiet Kalkberge-Strausberg wurde der Facharbeiterlohn gekürzt in der ersten Klasse von 120 auf 97  $\frac{1}{2}$ , in der zweiten Lohnklasse von 117 auf 93  $\frac{1}{2}$ . Das bedeutet einen Lohnabbau um 19,2 und 20,5%. Im Tiefbau wurde der Stundenlohn abgebaut in der obersten Klasse von 72 auf 65  $\frac{1}{2}$ , in der zweiten Klasse von 72 auf 60  $\frac{1}{2}$ . Hier beträgt der Lohnabbau 9,7 und 16,7%. Auch hier ist die neue Lohnregelung erstmalig kündbar zum 31. Dezember 1932.

### Die Bauwirtschaft muß heraus aus der Erstarrung!

Die bedrohlich erste Lage der Bauwirtschaft gab Veranlassung zu einer von der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen in Gemeinschaft mit nicht weniger als 35 Verbänden der Architektenkassen, des Baugewerbes, der Baustoffindustrie, des Baunehmerverbandes sowie des Baustoffhandels einberufenen großen Kundgebung am 20. Mai in Berlin. Die übertriebene, nicht zu verantwortende Abholzung aller Bauaufträge zu geltehen war der Zweck der Kundgebung. — Zum Thema Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft sprach zunächst Präsident Dr. Syrup. Er führte den Verfall der Bauwirtschaft und ihren Arbeitsmarkt vor Augen. Für die Lehrlinge des Baugewerbes werden zur Zeit die Bildungsmaßnahmen mit beruflich-praktischer Weiterarbeit ausgebaut, denn gerade im Baugewerbe habe der größte Teil des jugendlichen Nachwuchses die Ausbildung abbrechen müssen und ist arbeitslos geworden. Zur Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes teilte der Präsident mit, daß im letzten Jahre etwa 2400 Arbeiter im Arbeitsdienst aufgenommen und Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 70 000 jugendliche Arbeitslose geschaffen worden sind. Zur Zeit seien etwa 30 000 Jugendliche im Arbeitsdienst tätig. Das Baugewerbe verfolge begreiflicherweise die weitere Ausdehnung des Arbeitsdienstes mit gewissen Mitteln. Es wäre auch nicht zu billigen, wenn Arbeiter, die ihrer Natur nach für den freien Arbeitsmarkt bestimmt sind, in den Kreis des Arbeitsdienstes mit einbezogen würden. — Bei der Prüfung von Maßnahmen für die Belebung der Wirtschaft und zur Entlastung des Arbeitsmarktes steht das Baugewerbe im Mittelpunkt. Die unvermeidliche Umfichtung der Bevölkerung mache eine Ausgestaltung der landlichen Sied-

lung, namentlich im Osten, zur Lebensnotwendigkeit. Eine Million Althäuser sind vorhanden, deren vernachlässigter Zustand bekannt ist und deren Instandhaltung eine Beschäftigungsmöglichkeit für mehrere hunderttausend Bauarbeiter ergeben würde. Für das Tiefbaugewerbe die Komme neben den Arbeiten der Reichsbahn und der Reichspost vornehmlich der Straßenbau in Betracht, ferner die Regulierung hochwassergefährdeter Wasserläufe, der Bau wichtiger Kanäle, und schließlich auch die Meliorationen. Im Baugewerbe liege eine Fülle von volkswirtschaftlich hochbedeutsamen Arbeiten vor. Wenn nur am Teil dieser Arbeiten ausgeführt werde, so würde sich daraus ein starker Anreiz für unsere Bauwirtschaft ergeben, und der Verleumdung weiter Volkskreise, die auf die Dauer unerträglich ist, könnte dadurch entgegengetrieben werden!

Bankdirektor Wildermuth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank, machte bemerkenswerte Ausführungen finanzwirtschaftlicher und finanzpolitischer Art. Es fehle zweifellos nicht an wertvollen Arbeiten, da der Unterhalt von Gebäuden, von Versorgungsanlagen für Gas, Wasser, Elektrizität und Entwässerung, der Unterhalt der Verkehrsanlagen, Eisenbahnen und Straßen, der Wasserbauarbeiten einen gewissen Aufwand verlange, der auch in der schwersten

### Wie lange sind unsere Bundesmitglieder arbeitslos?

Eine für den 31. Mai von allen Bundesmitgliedern zu beantwortende Kartenumfrage soll hierüber Aufschluß geben. Am 20. Mai beginnt der Verband der für diese Erhebung erforderlichen Fragekarten. Bis zum 25. Mai werden sie in allen Baugewerkschaften eingetroffen sein. Ein beigefügtes Rundschreiben befragt die Vorstände.

In die Bundesmitglieder richtet sich nun die dringende Bitte, ihrem Baugewerkschaftsvorstand die Durchführung dieser Erhebung nach besten Kraft zu erleichtern.

Vor allem muß jedes Bundesmitglied die Fragekarte am 31. Mai gewissenhaft beantworten. Wer die Karte bis dahin noch nicht bekommen haben sollte, fordert sie beim Baugewerkschaftsvorstand an. Diesem wird die beantwortete Karte unverzüglich wieder zugeföhrt.

Auß die Baugewerkschaft, so darf es nicht an helfenden Kollegen fehlen, bereit, einem ihnen zustehenden Mitgliederkreis die Karten zuzuföhren, auf ordentliches Ausfüllen zu achten, die Karten wieder zusammenzubringen und dem Baugewerkschaftsvorstand zuzuföhren, wie überhaupt einzupringen, wo Hilfe nötig ist.

### Baugewerkschaftsvorstände! Bundesmitglieder! Sorgt für lückenlose Durchführung dieser äußerst wichtigen Umfrage!

Krise nicht unterbleiben kann, wenn nicht die Massenverjüngung und die Sicherheit des Verkehrs gefährdet werden sollen. Darüber hinaus ist noch eine große Anzahl von Arbeiten, wie z. B. im Hochwasserbau und für Meliorationen angefallen und müssen fertiggestellt werden, wenn nicht große Werte verlorengehen sollen. Auch für den Wohnungsbau laßt sich immer noch ein gewisser Aufwandsbedarf im Vergleich zu den letzten Jahren feststellen. Bedenken in den Reparaturen des Alltagsbedarfes volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich gleichermäßen nützlich angelegt werden können. Wertvolle Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es auch im Bereich der landwirtschaftlichen Siedlung und in der vorstädtischen Kleinsiedlung. Die bisher von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten bewilligten Darlehen belaufen sich auf 72 Millionen Mark, für das Jahr 1932 hat die Gesellschaft ein Kreditprogramm von rund 30 Millionen vorgesehen, so daß zusammen mit den von der Reichsbank als Förderung zunächst in Aussicht genommenen Beträgen von rund 50 Millionen für sich immer noch ein gewisser Aufwandsbedarf der Arbeitsbeschaffung in Anspruch genommen werden können. Notwendig ist die Anknüpfung der Bauarbeiten an den Inflationsgefahren seien nicht angebracht, da die tatsächliche Inanspruchnahme der Reichsbank bei einer Kreditverleumdung immer nur einen Bruchteil der insgesamt gewährten Kredite ausmachen wird. Bei einem Kapitalaufwand von 1,5 Milliarden Mark im Laufe von neun Monaten würde aller Wahrscheinlichkeit nach nur mit einer Steigerung des Geldbedarfes von kaum mehr als zehn Millionen zu rechnen sein. Die Reichsbank ist zweifellos stark genug, durch ihre Einwirkung auf die allgemeine Geldbewegung einzugreifen.

Die Bauwirtschaft muß heraus aus der Erstarrung. Nimmt man an, daß ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1,5 Milliarden Mark völlig der Bauwirtschaft zugute käme, so würde es etwa ein Drittel der Bauaufträge, d. h. der Fortgang der Krise und ihre deflationistischen Auswirkungen wären zwar abgemildert und gebremst, aber keineswegs beendet.

Als letzter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Zimmermeister Freidel, der zwar mit Recht gegen die völlige Vernachlässigung des Baugewerbes in der angestrebten Krisenpolitik protestierte, aber neben einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm überflüssigerweise die „Wiedereinführung der freien Bauwirtschaft auf allen Gebieten“ forderte. Auch wandte er sich — wie das allerdings bei einem Wirtschaftsparteiler nicht anders sein kann — mit großem rhetorischem Aufwand gegen Regiebetriebe und gegen andere Dinge, denen nun einmal die Geißter der sogenannten Wirtschaftspartei verfallen sind gegenüberstehen. Auch gegen die Schwarzarbeit, die jetzt schon ganze Neubauten herstelle, ohne hierfür die ordnungsmäßigen sozialen und steuerlichen Lasten abzuführen, wandte er sich und forderte von der Reichsregierung Beseitigung der Schwarzarbeit. Die Zusammenkürzung der Lohnsummen lasse die für die Inflationförderung zu zahlenden Beiträge zu einer Katastrophe für das Baugewerbe werden. — Ueber das eigentliche Thema, die Arbeitsbeschaffung, sprach dieser Redner sehr wenig.

Die Kundgebung fand ihr Ende in einem zusammenfassenden Schlußwort ihres Leiters, das gleichsam als eine

Enthüllung gelten soll: „Unter allen Umständen müssen durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um Arbeit für die Bauwirtschaft zu schaffen, die, wie kein anderer Zweig der Wirtschaft, die so dringend erforderliche allgemeine Belebung der Wirtschaft herbeiföhren vermag. Produktive Verwendungsmöglichkeiten gibt es sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau in großer Zahl. Die Stunde drängt, der Sommer darf nicht ungenützt vorübergehen. Gerade mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, das dauernde Arbeit statt Unterföhung gibt, das neues Blut in die Wirtschaft pumpt!“

Wir brauchen angesichts unserer vollaufgesteuerten unaußerordentlichen eigenen Bestrebungen nach Arbeitsbeschaffung nicht besonders hervorzuheben, daß wir alle Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, ohne Ansehen der Person und Körperkraft, unterföhren. Aber ein kritisches Wort scheint uns doch unerlässlich. Die beiden letzten Redner begnügten sich nicht damit, wie der Leiter der Kundgebung eingangs sagte, die „übertriebene, nicht zu verantwortende Abholzung aller Bauaufträge zu geltehen“, sondern zogen auch Dinge mit in die Debatte, die dem Ziel der Kundgebung eher Schaden bringen als dienlich sein konnten. Es heißt doch seine Hörer irreföhren, wenn man lediglich Wutausbrüche kritisiert — und sei es auch mit noch so starken Worten — dabei trotz des ungeheuerlichen Lohnabbaues im Baugewerbe noch immer die Tariflohnpolitik, eine angeblich schamhafte Lohnherabsetzung kritisiert, wie es der Herr Wildermuth fände nicht im Einklang mit den Fortschritten der Rationalisierung und habe die Kritik besonders stark auszuwirken lassen. Er spitzte seine Ausführungen allerdings nicht soweit zu, wie der ihm folgende Redner. Herr Wildermuth warf dem davor, die Lohnpolitik ausschließlich für die Krise verantwortlich zu machen. Wiederum aber meinte er doch, eine Politik mit dem Gesichtspunkt der Kaufkraftsteigerung müsse angelehnt werden. Solche unseres Erachtens kurzfristigen Ausführungen konnten den sonst so interessanten Vorschlägen nur Schaden.

Schlamm kriech es Zimmermeister Freidel aus Hildeheim, wirtschaftsparteiliches Mitglied des Reichstages, obgleich gerade er gemäßigter als Fachreferent die Dinge aus der Praxis kennen sollte. Mit viel Temperament und wenig Geist schimpfte er auf die Inangriffnahme, von der kein Mensch in Deutschland mehr etwas merkt und die, wenn man die Betonung auf Wirtschaft legt, es auch gar nicht mehr gibt. Herr Freidel schimpfte auf Regie- und gewerkschaftliches Bauen und zuletzt sogar auf den freiwilligen Arbeitsdienst, was erstrecht gewesen wäre, wenn er sich nicht selbst als einer der Inspiratoren des freiwilligen Arbeitsdienstes hätte bezeichnen müssen. Denn im vorigen Jahre hat er selbst Vorgesandtenvorschläge zum Arbeitsdienst ausgearbeitet und vorgelegt. Nun, da der Arbeitsdienst auch den Unternehmern schadet, wird ihm selber gerade der Gedanke, die er selbst geföhrt hat. Wenn man die Krise mit patriotisch klingenden Reden befeigen könnte, dann wäre Herr Freidel allerdings der geeignete Mann. Er ist der geborene Volksorganisationsredner der herabenden Wirtschaftspartei. Aber all seine Schlagworte reichten nicht aus, um die nationalsozialistisch orientierten Anwesenden zu befriedigen. Sie verlorne als „größte Partei“ — wobei sie allerdings verzeihen, daß sie auch die größten Rindvieher in ihrer Partei haben —, unter Hinweis auf den Bankrott der Wirtschaftspartei das Wort. Beinahe hätte es einen schledsten Ausblick gegeben.

Bevor wir zur Kundgebung gingen, wurde uns die „Groß-Berliner Bauzeitung“ auf den Tisch gelegt, die an erster Stelle den Aufruf zur Kundgebung brachte. Sie konnte es aber nicht überwinden, in „letzter Stunde von der Baufront“ zu fordern: „Sinnes in den tariflichen Bindungen, damit auf einem freien Arbeitsmarkt sich das Lohnniveau herausfinden kann, das der Wirtschaft wieder ein rentables Arbeiten ermöglicht.“ Die hohen Tariflöhne des Baugewerbes hätten dazu geföhrt, daß immer weitere Arbeitsplätze herden und immer größere Massen aus dem Arbeitsprozeß ausgespart werden.

Angesichts des katastrophalen Daniederliegens der Bauwirtschaft, angesichts des Lohnabbaues sollten wenigstens die führenden Unternehmer solche auch durch nichts gerechtfertigte Auffassung begraben. Leider zeigen führende Unternehmer, wie kurzfristig „Die Wirtschaft“ ist. Gewisse Unternehmer werden nicht einmal durch Schaden klug.

Die Fachgruppe Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, die sich auch gegen die etwaige Abhilfe der Reichsregierung wendet, Bauarbeiten zum größten Teil für den freiwilligen Arbeitsdienst vorzubehalten. „Wie die Dinge heute liegen, müsse das Baugewerbe befürchten, durch eine Erweiterung der Verbordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst von seinem natürlichen Arbeitsgebiet verdrängt zu werden. Die Vertreter des freiwilligen Arbeitsdienstes pochen darauf, daß durch ihn eine Verbilligung der Bauten eintrete. Diese Behauptung ist bei genauer Nachrechnung zweifellos objektiv falsch.“ Inner Annahme der gleichen Arbeitszeit kann bereits beim bisherigen Lohnstand der Arbeitsdienst feurer als der Bauarbeiter. „Es ist einseitig, ungerichtet und unzulänglich, Zuschüsse aus der Erwerbslosenfürsorge und gewisse Steuererleichterungen nur auf den freiwilligen Arbeitsdienst zu beschränken. Schon mit einer sehr einfachen Reform der Kostenaufarbeit und mit verhältnismäßig geringen Erleichterungen ist zu erreichen, daß das freie Gewerbe billiger arbeiten könne als der freiwillige Arbeitsdienst. Der Reichskanzler wird geföhrt, ist es begründet, den größten Oberwegigkeit unserer Bauwirtschaft als ein erhebliches zu behandeln? War nicht der Sinn des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch der, zur Erhaltung des völlig darniederliegenden Erwerbsstandes beizutragen? Ist es richtig, den Kreis der Steuerträger immer mehr zu verengen und dringende Produktionsarbeiten liegen zu lassen, um sie mit Hilfe öffentlicher Unterföhungen in weniger dringlicher, in weniger sachgemäßer Form ausführen zu lassen? Ist es richtig, einen Berufsstand, der im allgemeinen Interesse die Aufgabe hat, dauernd das hohe Gut von sachlicher Erfahrung, Wissen und Organisation zu pflegen, in solcher Weise auszuföhren zugunsten anderer Volksgenossen, für die die Bauarbeiten nur ein vorübergehendes Erlebnis sind?“ — Die Eingabe mündet in dem Ersuchen um ein Baunotprogramm, „das das zusammenbrechende Gewerbe wenigstens einigermäßen wieder aufrecht kann“.

### Entbehren sollst du...

#### So will es Wirtschaft und Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat ihre Arbeiten über den Finanzplan für dieses Jahr und über die Neugestaltung der Arbeitslosenfürsorge der Gemeindefinanzen und der Steuerquellen abgeschlossen. Das Ergebnis wird in einer Fortsetzung, die wahrscheinlich inzwischen schon erschienen ist, seinen Niederschlag finden.

Bei Redaktionschluss liegt allerdings noch kein endgültiges Ergebnis vor. Aber die Absicht der Reichsregierung geht dahin, die Arbeitslosenversicherung dadurch zu entlasten, daß man die Unterstufungsbauer von 20 auf 13 Wochen kürzt. Der erforderliche Ausgleich für die Gemeinden soll durch die Kräftefürsorge erzielt werden, so daß das Reich bisher vier Fünftel und die Gemeinden ein Fünftel beitragen. Es besteht die Absicht, die Gemeinden von ihren bisherigen Verpflichtungen zur Kräftefürsorge weiter zu entlasten. — Diese Neuregelung hält nur noch das Prinzip der Arbeitslosenversicherung aufrecht, sie kommt aber der sozialpolitischen Reaktion weitaus entgegen. Es ist nicht einzulegen, warum die Unterstufungsbauer in der Arbeitslosenversicherung auf 13 Wochen verringert werden soll, da die Arbeitslosenversicherung sich gegenwärtig finanziell auch bei der jetzigen Unterstufungsbauer selbst trägt. Allerdings soll die Kräftefürsorge entsprechend zeitlich verlängert werden, aber trotzdem verbleibt eine erhebliche weitere Schwächung der Arbeitslosen. Durch das Abändern der Arbeitslosenversicherung wäre nun wiederum ein Schritt nach rückwärts gemacht worden, der sich dem Ziel des Aufgebens des Versicherungsprinzips nähert. Es ist unverantwortlich, das Prinzip der Versicherung durch die willkürliche Verkürzung der Leistungen so zu durchlöchern, daß der Grundsatz zwar aufrechterhalten wird, die Versicherung aber immer mehr verschwindet. Daselbe muß gesagt werden von der sogenannten Stufung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung nach Ortsklassen. Die Anerkennung eines sozialpolitischen Grundgesetzes ist heuchlerisch, wenn die Leistungen immer mehr der Wohlfahrtsfürsorge, also den niedrigsten sozialen Unterstufungsstufen angeglichen und die Massen der Erwerbslosen immer mehr dem Hungerlohn näher gebracht werden. Damit verkehrt die Reichsregierung den Gedanken, daß die Gesamtheit der Staatsbürger für die Erhaltung der Arbeitskraft der Erwerbslosen Opfer bringen muß.

Um die Gemeinden zu unterstützen, kommt die Fortsetzung der Reichszuschüsse in Betracht für besonders notleidende Gemeinden, für die im Vorjahre 230 Millionen Reichsmark aus Reichsmitteln aufgebracht wurden. Zu dem gleichen Zweck soll die Bürgersteuer für den Rest des Haushaltsjahres verlängert werden. Schließlich soll auch die Kräftesteuer, die im vorigen Jahre zunächst bis zum 31. Dezember 1932 als besondere Poststeuer des Reiches eingeführt worden war, nicht nur verlängert, sondern auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden. Die Beamten waren von der Kräftesteuer bisher befreit. Mit diesen Maßnahmen soll eine Angleichung der Unterstufungsstufen in den verschiedenen Gruppen der Erwerbslosenunterstützung verbunden sein. Man hofft, daß durch die Maßnahmen nicht nur der Haushaltsplan des Reiches ausbalanciert wird, sondern auch den Gemeinden und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zufriedenstellend geholfen werden kann.

Die Reichsregierung geht auch in diesem Falle einen gefährlichen Weg. Was dagegen von den Gewerkschaften unternommen werden konnte, ist getan worden. Aber in einer so hochpolitischen, von reaktionären Gedankengängen nicht freien Situation pflegt man sich um Proteste und Widersprüche nicht allzuviel zu kümmern. Notwendig ist politische Macht! Wie es damit in Deutschland steht, weiß jeder wirklich Denkende. Und wenn auch die Nazis einwillen noch nicht an der Regierung sind, so pflegen sich doch unter dem Einfluß des Aufstieges dieser Partei und des kapitalistischen Bürgerturns sozialistische Gedankengänge stark in die Politik einzuschleichen. Dies führt dahin, das Kapital oder „die Wirtschaft“ wie sich die Unternehmer gern nennen, möglichst stark zu entlasten, aber die sozialen Lasten die angeblich so schwer sind, zu verringern und so „die Wirtschaft“ zu retten. Deshalb unterstützen sie die Nazis bereitwillig finanziell und moralisch. Die proletarische Kampfpartei und auch mit ihnen — leider — das übrige Volk verspüren die ersten „legensredlichen“ Wirkungen nationalsozialistischer Bestrebungen.

#### „Sonne, Luft und Haus für Alle.“

Unter diesem Namen ist in Berlin drei Monate lang eine Ausstellung zu sehen — sie ist schon eröffnet worden —, die an zahlreichen Beispielen zeigt, wie schön die Erde sein könnte, wenn nicht die kapitalistische Wirtschaft Millionen zur Armut verurteilen würde. Es wird besonders gezeigt, wie man angenehm das Wochenende verbringen könnte mit geringen Mitteln — wenn man über diese verfügt —, die aufzubringen oder einem großen Teile des Volkes einfach noch unmöglich ist. Aber es wird nicht nur gezeigt, wie man das Wochenende verbringen kann, sondern auch, in welcher Weise der in den meisten Menschen lebende Wunsch nach Sonne und Luft und wie die Sehnsucht der Menschen nach Sonne und Luft und nach einem angenehmen Haus erfüllt werden kann. Wir Bauarbeiter bringen naturgemäß der ersten der drei Hauptabteilungen, „Das wachsende Haus“, das meiste Interesse entgegen, wenigstens auch das wachsende Haus dem Bauarbeiter nicht immer eine gewerbliche, mit Verdienst verbundene Erwerbsmöglichkeit bietet. Die andern beiden Hauptabteilungen sind dem Kleingarten und dem Wochenende gemblert. Sie füllen nicht nur die sechs Ausstellungshallen mit einer Fläche von rund 25 000 Quadratmeter, sie erstrecken sich auch auf das anschließende, seit der Wauausstellung im vorigen Jahre auf 110 000 Quadratmeter erweiterte Freigelände. In der Mitte des Freigeländes ist ein steifliegendes Kalenoval, das den Freilübungen vorbehalten ist, die der Besucher von einem sehr reizvoll angelegten Terrassenparken aus verfolgen kann. Um das Kalenoval herum sind eine Reihe Wohnhäuser und Kleinhäuser aufgeführt worden, die jedem Besucher zugänglich ermöglichen, sich die Verwirklichung seines Wunsches zu erträumen. In der Abteilung „Das wachsende Haus“ werden dreißig Häuser, massiv gebaut und bezugsfertig eingerichtet, gezeigt. Die Besichtigungsmuster belaufen sich bei dem kleinsten Muster auf 2500 Mk. Auch die Kleinhäuser sind auf das zweckmäßigste gebaut und eingerichtet, wenn man sich auf Beschränkungen versteht. Sie besitzen die Eigenschaft, jederzeit durch Anbauen erweitert werden zu können. Es werden

auch Häuser gezeigt, die an Kosten bis zum dreifachen des eben genannten erfordern und dementsprechend auch geräumiger und besser eingerichtet sind. Die „Abteilung der Kleingärten“ zeigt 22 Kleingärten, etwa 800 Quadratmeter groß, mit passenden Gartenhäuschen. Die dritte Abteilung, „Das Wochenende“, bringt alle die Dinge, die ein Wochenende schön und kulturell ausgefüllt imstande sind. Alle Nebenfragen der Körperpflege, der Erholung, des Sports, die mit den Problemen des Wochenendes zusammenhängen, werden in Bildern und Modellen dargestellt oder auch praktisch vorgeführt. Besonders der Berliner Bevölkerung wird gezeigt, wo das Wochenende verbracht werden kann.

Es gibt auch noch andere Dinge zu sehen, die mit dem Programm der Ausstellung in einem entsprechend entfernten Zusammenhang stehen. Da zeigt die Vereinigung Deutscher Werklehrer eine Abteilung, wo hauseigene Kinder in Schulerkäften ihre Fertigkeiten zur Herstellung von praktischen Gegenständen vorführen. So gibt es noch manches andere, das Ziel und Zweck der Ausstellung bis ins einzelne demonstriert. Oberst Hauptmann hat die Ausstellung mit einer festlichen Ansprache eröffnet. Seine Rede war ein Meisterwerk und ein Lobgesang, nicht nur auf die Ausstellung, sondern in erster Linie eine Hymne auf die werktätige Hand. Wir geben die Rede im zweiten Heft unserer heutigen Ausgabe wieder. Wir wünschen, daß es der Ausstellung zu besuchen. Sie zeigt diesmal von einem anderen Gesichtspunkte aus, was zu leisten Technik und Wirtschaft heute imstande sind. Die Ausstellung ist geeignet, den Fortschrittswillen der Menschen zu stärken, daß ihnen möglichst viel von dem, was das Leben bieten kann, zugänglich gemacht wird. Sie zeigt — wenn auch nicht ausdrücklich —, daß eine Wirtschaftsförderung, die die Erzeugnisse des menschlichen Könnens nicht allen bieten kann, überwinden werden muß. In diesem Sinne können derartige Ausstellungen lebend auf den Kampfwillen der denkenden Menschen wirken. Sie wird ihnen neue Kräfte zuführen und ihr Wollen neubeistärken. Sie fügen die Bestrebungen, die sich die moderne Arbeiterbewegung und ihre Organisationen angeeignet sein lassen und geben ihnen frischen Auftrieb. — Die Ausstellung wird bis zum 7. August geöffnet bleiben.

#### Was ein Innungszopf unter „unneutral“ versteht...

Eine auch bei Innungsgepfen seltene „Rechtsauffassung“ über menschliche Pflichten und Rechte vertritt der erste Obermeister der Maurer- und Zimmererzunft, Herr Ernst Finken in Dresden. Dies kommt in einem von ihm unterm 3. Mai verzapften Rundschreiben zum Ausdruck. Zunächst erzählt er darin, der Sonderführer werde erst nach Pfingsten über die Löhne für den Freistaat Sachsen verhandelt, so daß mit einer teilweisen Zeit von mindestens drei bis vier Wochen im Freistaat Sachsen zu rechnen sei. Und da Herr Finken in diesem trübseligen Zustand allerlei erwartet, sagt er dann wörtlich: „An Stelle ausbleibender Arbeiter wird es oftmals möglich sein, andere einzustellen, welche gern zu den neuen Lohnbedingungen arbeiten“. Und er sagt weiter, es sei unbedingt notwendig, bei der Bewegung allen Versuchen von Bauherrn, namentlich der b e h ö r d l i c h e n, entgegenzutreten, die auf eine unneutrale Haltung hinauslaufen. Die Gewerkschaften würden, wie gewöhnlich, versuchen, ihre Einflüsse auf den Rathgebern zugunsten ihres Standpunktes zu „mißbrauchen“. Dem müsse mit schärfsten Mitteln entgegengetreten werden. Unneutrale Gemeindebehörden sei mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß sie unmöglich verantworten könnten, wenn durch ihren Eingriff der „unbedingt notwendige Lohnabbau in Frage gestellt wird. Solche Gemeinden würden bestimmt bei ihren Aufschußbesörden keine Unterstufung und kein Obere finden.“

Das ist „unneutral“, wie sie der Herr Obermeister Ernst Finken auffaßt. Nach seiner Meinung sollen — auch das kommt in seinem Schreiben zum Ausdruck — die bauvergebenden Behörden, die Architekten und Bauherren dort, wo Infolge der in jeder Weise „ungerechtfertigten“ Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften der Fortgang der Arbeiten stocken sollte, dringend um neutrale Haltung gebeten werden. Wer auf Fertigstellung von Bauten oder auf Innehaltung der durch den Lohnkampf unmöglich gewordenen Fristen dränge, der sei unneutral. Unneutral sei auch, wer durch den Kampf stillgelegte Bauten wegen Fertigstellung anderen Firmen übertrage, oder wer seine Bauten in eigener Regie beende, oder sie durch sogenannte soziale Neubetriebe ausführen lasse. Unneutral sei ferner, wer etwa gar mit den Arbeitern über Lohnfragen verhandelt und irgendwelche Lohnverträge in Aussicht stellt oder gewährt, oder ihnen etwaige Sonderleistungen zuspricht. Unneutral verhält sich dieser Innungszopf jede Handlung, die in ungunsten der Unternehmer ausgehen könnte. Alles das ist „unneutral“. Wer aber zugunsten der Lohnabbau der Unternehmer eingreift, ihren Angriffen auf die erbärmliche Lebenslage der Bauarbeiter Vorstoß leistet, der ist selbstverständlich „neutral“.

Natürlich ist dies interessant ist auch, was Herr Finken am Schluß seines Rundschreibens sagt. Er erklärt: „Selbst der Herr Reichsarbeitsminister habe wiederholt auf die Notwendigkeit der Angleichung der Bauarbeiterlöhne an die Industrielöhne hingewiesen, was aber bei den Gewerkschaften bisher nie Verständnis gefunden habe.“ Wies in den Reichsarbeitsminister gefehle Vertrauen wirkt geradezu lächerlich. Und selbstverständlich fehlt in dem Schreiben auch nicht die Wendung, die bisherigen Bauarbeiterlöhne seien weder wirtschaftlich tragbar, noch fänden sie in einem annähernden Verhältnis zu den Lohnlöhnen in anderen Industriezweigen. Das ist zwar abgemessen und vornehmlicher Kopf, aber so etwas muß hoch aber Aufstellung immer wieder aufgemerkt werden. Das gehört zum sternen Bestand gefestigter Innungsmaximen...

Wir nehmen von diesem Schriftstück Notiz, damit der spätere Geschichtsschreiber daraus ersieht kann, in welcher eigenartiger Weise sich einmalt in solchen Innungsgebilden die Welt gemalt hat. Ein Innungsmitglied steht eben nur die „hohen“ Löhne der Arbeiter. Darin liegt er einen Mißbrauch heiligster Unternehmerrrechte und er erklärt seinen Versuch, die Löhne zu vermindern, als ungerechtfertigt. Ob der Arbeiter bei gekürzten Löhnen seine Arbeitskraft noch genügend in Schuld zahlen kann, ob dabei seine Familie darben muß, ob durch Lohnabbau die Kaufkraft nicht noch mehr verarmt wird, das alles ist ihm schnuppe. Er sieht

nur seine Profitquote und ruft Gott und die ganze Welt an, man möge ihm beistehen, die „militärisch untragbaren“ Bauarbeiterlöhne so niedrig zu drücken als irgend möglich, und zwar — wie die diesmalige amtliche Lohnabbaukampagne zeigt — unter die Lohnsätze anderer Industriezweige! Wer da nicht mitkriegt, der ist unneutral! Die Welt- und Wirtschaftsfremde dieser engstirnigen Innungsrauber schlägt doch recht wunderliche Parzelsäume...

#### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund.

Zustellungsergebnis vom 2. Mai 1932.

Bezirksverband	Verdienten Zahl	Mittelberechnung am Wochenschluss	Arbeitslose		Die Woche vorher
			Anzahl	%	
Königsberg	7	13 236	11 761	88,9	92,7
Danzig	1	3 223	2 824	78,3	81,1
Stettin	61	13 697	10 838	79,1	80,2
Breslau	39	33 100	27 486	83,0	83,2
Berlin	60	43 684	31 882	73,0	79,3
Magdeburg	42	22 814	18 801	82,4	85,9
Erfurt	34	16 845	14 022	83,2	85,3
Frankfurt	17	27 787	24 062	86,7	86,7
Köln	12	14 174	13 063	92,1	92,5
Dortmund	12	13 882	12 783	92,3	91,5
Hannover	39	25 314	20 159	79,6	81,2
Bremen	31	12 820	11 009	85,9	85,7
Hamburg	45	26 356	22 174	84,1	85,2
Rostock	60	7 943	5 728	72,1	73,2
Bresden	31	52 810	44 212	83,7	84,9
München	29	14 846	12 536	84,4	85,8
München	27	9 925	8 605	86,7	88,7
Stuttgart	14	8 005	6 573	82,1	82,7
Karlsruhe	10	11 635	10 169	87,4	88,1
Zusammen	571	372 046	308 385	82,89	—
Vorige Woche	571	372 849	315 566	—	84,64

#### Streiks u. Bahnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbissau (Lübeck). Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter bei Reichsfeld wegen unersetzten Lohnabbauversuchs und die Arbeiter der Firma Wierelisch in Norden wegen Tarifbruch.

**Löpfer:** Gesperrt sind: In Grimmisschau die Firma Seinger, in Hohenstein-Ernstthal Egen Wolf, in Jütz die Ofengeschäfte Ostrow Neumann, Ostrow Hönke und Wöhme

**Schleschloswakei:** Wir berichten kürzlich von einem Schlichtungsversuch, wodurch die Löhne für das nord- und ostpreussische Baugewerbe als meteregetend erklärt worden sind. Dieser Schlichtungsversuch gefiel vor allem den nordbaltischen Bauunternehmern nicht. Sie legen unsern Kollegen überall Reserve vor auf Abwendung der Schlichtungsbeschlüsse und wollen ihnen einen Lohnabbau bis zu 50 Heller je Stunde auferlegen. Deshalb haben unsere Kollegen überall, wo ein solcher Fehler und eine solche Erpressung an ihnen versucht wurde, zum Abwehrkampf gegriffen. Die Bauunternehmer pfeifen auf den Richterpruch, nach ihrer Meinung sind Gesetze zur Einhaltung nur für die Arbeiter da. Wo bereits vor den politischen Behörden wegen der Lohnabbauversuche der Unternehmer verhandelt wurde, erklären deren Vertreter, daß sie den einen staatlichen Gesetz auf Grund des Gesetzes gestellten Schlichtungsbeschlüssen ablehnen. Die Aufforderung der Behörden, den Schlichtungsbeschlüssen zu gehorchen, läßt die Unternehmervertrere kalt. Diese brutal ablehnende Haltung führt häufig zu neuen Kämpfen. Unsere Kollegen in diesem Kampf gebören unseren schleschloswakei Kollegen!

#### Aus den Bauergewerkschaften

**Altenstein.** (R. O. u. Bauunternehmer in einer Front!) Wir müssen es immer und konnten es viele Male bemerken, daß reaktionäre Unternehmer und R.O.D.ten sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Unser Streben ist auf die Schöpfung der Gewerkschaften gerichtet. — Den Beweis für unsere Angaben liefert erneut Ortelburg. Dort haben R.O.D.ten unter Anwendung von Terror und Listlichkeiten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den Baustellen geholt und sie wider ihren Willen zum Feiern gezwungen. Unsere Versuche, mit den Unternehmern bis zur Endregelung der Löhne ein Zwischengkommen zu treffen, scheiterten. Die Unternehmer erklärten, lieber den Wildwuchsaufstand hinzunehmen, als auch nur eine Zwischenlösung mit den Gewerkschaften zu treffen. Nun, die Gewerkschaften können natürlich auch diesen Zustand ausbaden. Und da ihr Interesse am R.O.D. haben wollen, haben nunmehr auch die Gewerkschaften ihre Mitglieder angewiesen, die Arbeitsstellen zu meiden und abzuwarten, bis die Endregelung im ostpreussischen Baugewerbe ausfällt.

#### Aus den Fachgruppen

**Bau-Werkmeister.** Verursächliche Arbeitslosigkeit. In die Landesbauamtler und Bauarbeiter hat der Präsident der Reichsanstalt, in Vertretung Dr. Pedert, folgendes Schreiben gerichtet: „Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt (Unterstützung für berufstätige Arbeitslosigkeit) hat beschlossen, die Regelung für Poliere und Schweißmeister des Bauwesens, die im Angelegenheitsbereich sind (vgl. Reichs-Rundschreiben vom 31. Dezember 1931 — Dienstschrift Nr. 4/32 —), folgendermaßen abzuändern: 1. Auf der rechten Seite des Verzeichnisses, d. h. bei den Berufen, die nicht unter die Sonderregelung der

berufsblichen Arbeitslosigkeit fallen, ist nach dem Worte „Reinigungsmeister“ einzusehen: „Poliere und Schachtmeister im Angestelltenverhältnis, soweit sie in den letzten drei Jahren vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten haben.“

2. Die Rechtsänderung tritt am 15. Mai 1932 in Kraft; laufende Unterstüfungsfälle und solche, in denen die Unterstützung aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung schon vor dem 15. Mai 1932 erfolgt ist oder zu erfolgen hatte, werden durch die Rechtsänderung nicht berührt.

Diese Änderung bedeutet eine geringe Verbesserung gegenüber dem bisherigen Wortlaut, monach nur die angestelltenversicherungspflichtigen Poliere und Schachtmeister nicht unter die berufsbliche Arbeitslosigkeit fallen, die drei Jahre vor dem 30. November 1931 keine Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Nach der alten Bestimmung hätte sich die Zeilspanne für die Anwartschaft immer vergrößert; dagegen ist nach den neuen Bestimmungen eine gleichbleibende Zeit von drei Jahren festgelegt. Eine Vereinfachung der ungünstigen Ausnahmestellung der Poliere und Schachtmeister gegenüber den anderen Angestelltenversicherungspflichtigen ist mit dieser Änderung nicht erreicht!

**Dachdecker.**

Ergebnislose Reichsrat-Verhandlungen. Am 19. Mai wurde im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Sonderständlers Regierungsrat T i n c a u g e r über den Dachdeckerlohnvertrag verhandelt. Leider stellte sich dabei heraus, daß die Unternehmer von ihren Innungen noch keine Vollmacht zum Verhandeln hatten, so daß die Fällung eines Schiedspruches bis zum 6. Juni vertagt wurde. Ob es nur ein Verzicht der Unternehmer ist, die Verhandlungen noch vierzehn Tage hinauszuzögern oder nicht, ist hierfür gleich. Als Ursache wurde angegeben, daß der Innungstag am 29. Mai in Magdeburg dem Reichsverband des deutschen Dachdeckerhandwerks angeht, die Verhandlung für endgültig abgeschlossen werden könne. — Trotzdem ist verhandelt worden. Einige Stunden lang wurde über den Stand der gegenseitigen Forderungen eingehend gesprochen. Die Wünsche der Unternehmer sind nicht gering. Immerhin meinte der Sonderständler zum Schluß, er sei Differenzen ersterer Art gewöhnt, er habe große Hoffnung, daß es zu einem Tarif komme. Den Hauptstreitgegenstand bildet der Lohnvorsprung gegenüber dem Baugewerbe; hier wollen die Unternehmer am liebsten tabula rasa machen, also den Tisch ganz abräumen. Die Verhandlungen waren vorübergehend von harter Heftigkeit. Als keines erstes Ergebnis kam eine gegenseitige Verständigung zustande: Bis zur endgültigen Entscheidung des Schlichters stehen beide Parteien „Demehr bei Fuß“, es sollen keine Kampfhandlungen vorgenommen werden.

**Feuerungs- und Schornsteinmurer.**

Löhne. Die für den Feuerungs- und Schornsteinmurer Löhne gelten bis zum 30. April 1932. Da eine Neuverteilung erst möglich ist, wenn die Löhne im Baugewerbe endgültig festgelegt, der andere Reichsfeuerungsstellen die am 1. April 1932 in Kraft getretene neue Tarifbestimmungen für Feuerungs- und Schornsteinmurer Löhne bis zum 30. April 1932 in Kraft gesetzt werden, so daß im Feuerungs- und Schornsteinmurerlohnvertrag die Löhne festzulegen sind. Der Reichsverband für Feuerungs- und Schornsteinmurerarbeiten bestimmt aber in § 8 Ziffer 7, daß die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbaumaurerlohn einschließlich Gehaltsgeld und dem Facharbeiterlohn derartig sein soll, daß der Feuerungs- und Schornsteinmurerlohn mindestens 5 % über dem Hochbaumaurerlohn erhalten muß. Demnach würden also bei dem augenblicklichen Zustand die vorbestimmten Gruppen mit Ausnahme von Berlin und Hamburg diese vorgesehenen prozentualen Zuschläge auf den für den Arbeitsort geltenden Maurerlohn beanspruchen können. Für die übrigen im Feuerungs- und Schornsteinmurerlohngruppen, wie Feuerungs- und Schornsteinmurerlohn, besteht nichts. Für Berlin und Hamburg würden die Feuerungs- und Schornsteinmurerlohngruppen die vorgesehenen Zuschläge nach § 8 Ziffer 4 bis 6 zum Hochbaumaurerlohn nach § 8 Ziffer 7 festlegen. Die im § 7 des Reichsarbeitvertrages vorgesehenen Zeit- und Erfahrungszulagen bleiben unverändert für alle Feuerungsarbeiten bestehen. — Sollten im Einzelarbeitsverhältnis Streitigkeiten über die Lohnzahlung mit den Unternehmern entstehen, so verweisen wir auf den § 12 des Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungs- und schornsteinmurerarbeiten, wonach alle Streitigkeiten durch ein besonderes Schiedsgerichtverfahren erledigt werden, und zwar sind derartige Streitigkeiten zunächst in erster Instanz bei den Vorständen der Vertragsparteien — das ist für unsere Kollegen die Reichsfeuerungsstellen — zwecks gültiger Einigung anhängig zu machen. Erst wenn dieses Einigungsverfahren gescheitert ist, kann das Tarifschiedsgericht angerufen werden, was aber auch nur über die Reichsfeuerungsstellen eingeleitet werden darf.

**Töpfer und Glasbläser.**

Ferienvertrag im Ofenfelegewerbe. Im Reichsarbeitsministerium wurde am 12. Mai über den Neuabschluss eines Reichsferienvertrages für die Ofenfeleger behandelt. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung um einen Neuabschluss ab. Es wurde dann ein Schiedspruch gefällig, wonach der am 30. April 1932 abgelaufene Ferienvertrag mit Wirkung vom 1. Mai 1932 wieder in Kraft gesetzt wird, jedoch mit folgenden Änderungen: Ziffer III des Vertrages erhält folgenden Nachsatz: „Für das Jahr 1932 heißt es infolge der augenblicklichen schwierigen Verhältnisse anfang 4  $\frac{1}{2}$  M. und anfang 2  $\frac{1}{2}$  M. 2,50 M.“ In der Ziffer V fallen Satz 2 und 3 fort, ferner fällt Ziffer VIII fort und Ziffer XI erhält folgende Fassung: „Dieser Vertrag kann mit dreimonatiger Kündigungsfrist zum Monatschluß, erstmalig zum 31. Dezember 1932, durch Einschreibebriefe gekündigt werden.“ Außerdem fällt die Ziffer XII fort und in Ziffer XIII das Wort „zwanzigprozentigen“. Die Erklärungsfrist läuft am 31. Mai 1932 ab. — Falls sich irgendwo in den nächsten Wochen die Unternehmer weigern, Ferienmarken zu kleben, so dürfen unsere Kollegen unter keinen Umständen darauf verzichten. Überall sind Ferienmarken in der Höhe des Schiedspruches zu verlangen!

**Politische Zeitnotizen**

Warum Groener gehen mußte. Im Verlauf seiner Abrechnung mit dem Reich ist Herr Groener als Reichswehrminister gegangen worden. Obwohl noch wenige Stunden vorher der Reichskanzler Dr. Brüning davon sprach, daß man nicht hundert Meter vor dem Ziel wach werden dürfe, wurde er weid und ließ seinen Wehrminister gehen. Er wird vor den Vätergeneralen im Reichswehrministerium zurück und damit Ideolog und vor den Nazis. Es heißt so schön, im Wehrministerium bestrichte „man“. Minister Groener habe nicht mehr als Vertrauen der Wehrmacht und deshalb sei es besser, ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist der Reichspräsident. Und so ist es: Es gibt zwei Kräftegruppen im Treiben gegen Groener. Die eine ist in der Wehrmacht und im Wehrministerium zu suchen, die andere im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße. Die erste heißt von Schleicher und trägt eine Generalsuniform und die zweite heißt Hindenburg und trug eine Generalsuniform. (Manchmal auch heute noch). Der eine Mann inszenierte das Treiben, der andere „tat“ etwas mehr als in Passivität zu verharren. Und Groener mußte gehen. Ursache ist das SA-Verbot. Dies Verbot, das Reichskanzler und Wehrminister dem Reichspräsidenten abgerufen haben, lag der Wehrmacht sehr im Magen und verurteilte wohl nachträglich auch bei dem alten Herrn in der Wilhelmstraße einiges. Denn es handelt sich doch um einen „nationalen“ Verband, der den „Wehrwillen“ pflegt! Die SA ist nun einmal all diesen Kreisen, froh allem — trotz der auch von ihnen klar erkannten Notwendigkeit, daß die SA, schon um mit der Reichswehr nicht zu kollidieren, entzweit werden müsse — sympathischer als das Reichsbanner. Brüning hat dem Angriff gegen frühere und jetzige Halbgötter in Generalstabs nicht standgehalten wie Hindenburg in seiner besseren Zeit. Der Sturz Groeners ist ein Warnungssignal. Er hat Deutschland und dem Reichskanzler persönlich viel politisches, besonders außenpolitisches Ansehens und Kredit gekostet.

Noch keine Ergänzung des Brüning-Kabinetts. Die Beratungen über die Befehle der freien Ministerien haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. General von Schleicher, der Inspirator der Brüning-Krise, hat es abgelehnt, den Posten des Reichswehrministers zu übernehmen, angeblich, weil er nur einem Kabinett angehören möchte, das in jeder Hinsicht unabhängig von der Sozialdemokratie ist. Vom Schleicher-Deutsch in unser geliebtes Deutsch übertragen heißt das, daß er einem Kabinett mit nationalsozialistischem Einschlag angehören nicht abgeneigt ist. — Für das Amt des Reichswirtschaftsministers ist der Preiskommissar Oberbürgermeister Dr. Doederberk vorgesehen, der zwar einige Male abgelehnt hat, aber nun doch so weilt bearbeitete werden sein dürfte, daß er annimmt.

Wapern warnt vor Schleicher. Die bayerische Volksparteikorrespondenz äußert schwere Beforgnisse über die systematische Unterminierung der Regierung Brüning. „Der Reichskanzler wird darauf bedacht sein müssen, die von nationalsozialistischer und nationalsozialistischer Seite mit so großem Erfolg verbreitete Besatz zu zerstören, daß es sich bei dem Abgang Groeners und bei der Neubildung des Reichswehrministeriums um eine wichtige Etappe der Machtübergabe der Nationalsozialistischen Partei handelt, die ihm zeitweilig mehr wert ist als irgendeine Regierungspartei. General von Schleicher ist in der öffentlichen Meinung Deutschlands und auch des Auslandes so stark in Verbindung mit jenen Bestrebungen gebracht worden, die mit Hilfe der Reichswehr einen verfassungsmäßig unzulässigen Druck auf die politische Entscheidung ausüben wollen, daß ein politisches Hervortreten gerade dieses politischen ohne allen Zweifel außerordentlich unternehmungslustigen Generals den öffentlichen Mißdeutungen erst recht Nahrung geben muß. Der neue Reichswehrminister muß von vornherein über allen Verdacht hoch erhaben sein, einen anderen Gehrgel zu besitzen als die deutsche Wehrmacht ein in jeder Beziehung zuverlässiges und schlagkräftiges Instrument der legalen Staatsgewalt zu erhalten und zu kräftigen.“

Preußens Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der preussische Ministerpräsident Braun hat am 30. April an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, das erst jetzt bekanntgegeben worden ist. Das Schreiben enthält Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Vorschläge haben bei den Beratungen des Reichskabinetts über die Kürzung der Arbeitszeit, die Arbeitsbeschaffung usw. eine Rolle gespielt. Die preussische Staatsregierung hält in erster Linie eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine systematische Kürzung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Arbeitslosen auf die dadurch frei werdenden Arbeitsplätze für notwendig. Die Kürzung kann, um ihren Zweck zu erreichen, nicht bei vierzig Stunden halbmachen. Sie muß vielmehr darüber hinausgehen. Daneben muß sofort ein möglichst umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm unter besonderer Berücksichtigung der ländlichen Siedlung und drittens müsse eine organisatorische Vereinfachung der Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden.

Nazi-Landtagspräsident von Kommunisten Gnaden. Von der Wahl des Präsidenten des Preussischen Landtags soll nach einem Wunsch des Zentrums so lange abgesehen werden, als über die künftige Regierungsbildung in Preußen noch nicht Klarheit herrscht. Diese Klarheit dürfte aber nach dem Zusammentritt des Landtags durch Verhandlung zwischen dem Nationalsozialisten und dem Zentrum geschaffen werden. Führen sie zu keinem Ergebnis, dann dürfte das Zentrum den Nationalsozialisten entweder den Landtagspräsidenten oder den Ministerpräsidenten zupredigen. Die Möglichkeit, daß den Nationalsozialisten gegebenenfalls beide Ämter zufallen, soll unter keinen Umständen bestehen. Immerhin wäre die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten auch vor den Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen dem Nationalsozialisten und dem Zentrum möglich, daß die Kommunisten

wieder Abstimmungspolitik treiben, indem sie für einen eigenen Kandidaten stimmen und die gesamte Rechte sich gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Staatspartei auf einen Kandidaten einigt. In diesem Falle wäre der neue Landtagspräsident des Preussischen Landtags ein Präsident von Kommunisten Gnaden.

Das Nazischafter in Preußen hat begonnen. Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preussischen Landtages hat ihre Fraktionsführung nicht im Landtag, sondern in einem Hotel abgehalten, da Adolf der Große sich weigerte, das Landtagsgebäude zu betreten. Der Fraktionsführer der Nazis, Herr Kube, der einmals als Reichspräsident bei dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin Hilfe gegen die Nazis forderte, hielt dabei eine Rede, die unter das Stichwort „Out gebrückt Kube“ in die Parteigeschichte eingehen wird. Er übertraf sich selbst. Was man sonst von ihm an Schimpfreden abgehört hat, alles Landtag schon gewohnt war, übertraf er noch. Ebenso wie in Württemberg — so sagte er — wollen die Nationalsozialisten sich in Preußen nicht etwa für die Finanzlage interessieren, sondern nur „für die Regelung des Deutschen Reiches in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei sowie der Schule von ungesunden Elementen.“ Die Sorge für die Finanzen wollen die Nazis den anderen überlassen; sie selbst wollen sich desto stärker um die Futtertrümpfenwirtschaft bei der Polizei, der Justiz und dem Unterrichtsministerium. Von dem, was er sonst noch ankündigte, sind die sehr ausfalligen Bemerkungen gegen das Zentrum noch zu erwähnen, dem man „endlich einmal die Larve abreißen will“. Gegen das Zentrum richtet sich die besondere Wut Kubes. „Die Herren haben seit dem 24. April angefangen der veränderten politischen Lage in Preußen nichts von sich hören lassen. Sie wollen also mit der Sozialdemokratie des Herrn Hellmann weiter regieren. Jetzt werden wir von uns hören lassen!“ Auch Kister hielt eine Ansprache. Sie war eine Art von Wehlsausgabe an die 162 Nazisampelkämpfer im Preußen-Landtag. „Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht dreizehn Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschland in irgendwelchen Koalitionen fortzuführen. Der Kampf werde nicht geführt, um mehr Posten zu befehen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Die Preußenfraktion sei die Gruppe, mit der die Endschlichtung geschlossen werden könne. Die Nationalsozialistische Partei werde sich bei ihrer Politik nur von eiskalten Überlegungen leiten lassen; die Forderung der Gegner, daß sie die Nerven verlieren würde, sei sinnlos.“ — Statt eiskalter Überlegung empfehlen wir eiskalte Umschlüge.

Spiegel im Reichsbanner, darum Mitgliedsperre. Die Bundesleitung des Reichsbanners ist im Besitz von Material, aus dem hervorgeht, daß bestimmte Kreise versuchen, Spiegel und Prokollateure in das Reichsbanner zu entführen. Obwohl das Reichsbanner nichts zu verbergen hat, ist von der Bundesleitung im Interesse der Sauberhaltung der Organisation Mitgliedsperre angeordnet worden. Die Bundesinstanzen haben Anweisung erhalten, sich die in den letzten Monaten eingetretene Mitglieder genau anzusehen. — Die Organisation des Spiegelschlusses liegt in den Händen eines Jugenbergs-Redakteurs.

Überall derselbe kommunistische „Klassenkampf“. In Frankreich haben die Kommunisten bei der Wahl am 8. Mai in 13 Wahlkreisen Kandidaten der Reaktion gegen Sozialisten zum Siege verholpen. Dagegen verdanken die französischen Kommunisten 8 von ihren 10 Mandaten der Stichwahlhilfe der Sozialisten. Sätten die französischen Sozialisten dasselbe getan wie die Kommunisten, dann hätten die Kommunisten nicht 10, sondern nur 2 Mandate bekommen. Sätten die französischen Kommunisten dasselbe getan wie die Sozialisten, dann hätten die Sozialisten nicht 130, sondern 145 Mandate bekommen. — Die Kommunisten führen revolutionäre Reden, aber ihre Taten sind Verriet an der Sache der Arbeiter und des Sozialismus. Sie sind überall Selbstverleugung der Reaktion.

**Allgemeine Rundschau**

Theodor Leipart 65 Jahre alt. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, vollendete am 17. Mai sein 65. Lebensjahr. Kollege Leipart, von Beruf Drechsler, trat frühzeitig seiner Berufsorganisation bei und diant nimmend der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung seit mehr als vier Jahrzehnten. 1887 bekleidete er zum erstenmal Ämter im Drechslerverband, zuletzt den des Redakteurs. Von 1893 bis 1908 war er zweiter Vorsitzender, von 1908 bis 1919 erster Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes. Er war so-

**Achtung: neu!** **GEG JAKA** rund,dick,o.M. **GEG-Smarra** zu 2 1/2 Pf. mit und ohne Mundstück **GEG-Iris** . . . zu 3/8 Pf. **GEG-Phantis** zu 4 Pf. **GEG-Neptun** . . zu 4 Pf. stets frisch in Ihrem **KONSUMVEREIN!**

**Auf jeder Baustelle** wo mehr als 5 Versicherte beschäftigt sind **verlangt Verbandskästen!**

wohl in den Vorständen der örtlichen Spitzenorganisationen der Gewerkschaften als auch in den Vorständen des sozialdemokratischen Bezirksvereins tätig. Von 1919 bis 1920 war er württembergischer Arbeitsminister und bis 1921 auch württembergischer Landtagsabgeordneter. Von 1921 bis 1925 wirkte er im Internationalen Arbeitsamt als dessen Verwaltungsratsmitglied. Seit dem Tode Carl Legiens bleibt bei ihm das Amt des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Siegfried Leppert kommt in der Gewerkschaftsbewegung an erster Stelle, so bringt es dies hohe Amt doch mit sich, daß es auch politisch von großer Bedeutung und Wirksamkeit ist. Sehr oft haben die deutschen Gewerkschaften in politische Entwicklungen und Schwierigkeiten eingreifen müssen; so beim Rapp-Putsch, beim Ruhr-Krieg und in vielen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Der Vorsitzende des ADGB hat stets sehr gern das Wort in den Verhandlungen der Gewerkschaften genommen. Wenn in den letzten zwei oder drei Jahren nicht mehr so sehr als sonst auf das Wort der Gewerkschaften gehört wird, so ist der Hauptgrund hierfür in der verschlechterten wirtschaftlichen Position in der politischen und parlamentarischen nach rechts tendierenden Entwicklung zu suchen. Unter Führung Lepperts war der ADGB unaufrichtig bemüht, stets und überall, wo Interessen der Arbeiterschaft in Betracht kamen oder bedroht waren, den Fuß zwischen die Räder der Antisozialisten zu stellen, damit auch die Forderungen der Arbeiterschaft gehört und um ihre Anerkennung gekämpft werden konnte. — Wir wünschen dem Kollegen Leppert, der auch für die Interessen der Bauarbeiter stets ein erfolgreiches Maß von Verständnis hat, daß er noch viele Jahre erfolgreich für die Interessen der Arbeiterschaft und für die Ziele der Gewerkschaften wirken kann.

**Heinrich Hansmann** †. Ein alter Veteran der Gewerkschaftsbewegung, Mitbegründer des Bergarbeiterverbandes und Firmenträger der Bergarbeiterzeitung, Heinrich Hansmann ist am 16. Mai in Dortmund-Eisinghofen gestorben. In Heinrich Hansmann verkörpert sich ein gut Stück der Geschichte der Bergarbeiterbewegung. Mit ihm zusammen baute er die Organisation auf, in der er schließlich bis zum Jahre 1926 das Amt des Geschäftsführers des Verbandes bekleidete. Erst die Beschwerden des Alters, dann die Krankheit und jetzt der Tod haben dem Leben dieses nimmermüden Schaffensstrebenden einundneunzigjährigen Kämpfers ein Ende bereitet.

**ADGB und „Ban-Prolet“** als Pimperl Wächler. Die „Rote Fahne“ berichtet eifrig über Abwehrkämpfe der Bauarbeiter. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden, wenn dabei nicht verümbelt, gelogen und immer wieder erklärt würde, man führe die Abwehrkämpfe unter der „Führung“ der ADGB. Dieser aufgelegte Schein wird noch ganz besonders dadurch verstärkt, daß sowohl die Männer der „Rosen Fahne“ als auch die des „Ban-Prolet“ keine Abnung von den Verhältnissen und auch vom Inhalt der neuerdings gefällten Schiedssprüche haben. So nennt die „Rote Fahne“ den ersten Vorsitzenden des Bundes Oberst. Er erzählt, Oberst predige Steigerung sein Vertrauen aus, und sie sagt ja, Oberst habe auf dem Berliner Arbeiterkongress des ADGB eine Scheinopposition gegen Steigerung gemint und dann als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Steigerung sein Vertrauen ausgesprochen. — Vornehmste Aufgabe der „Rosen Fahne“ ist es, unter die Arbeiterschaft Mißtrauen zu säen. Dazu ist ihr jedes Mittel recht. Aber sie sollte sich vorher informieren, wer denn nun eigentlich der Vorsitzende des Deutschen Bauergewerksbundes ist, dann würde sie nicht solchen Quatsch wie vorstehend geschrieben werden können. Unser Kollege Oberst hat weder auf dem Berliner Arbeiterkongress, noch im Reichstag für irgend was gestimmt, zumal er nicht Mitglied der ADGB ist. Er ist auch nicht der Vorsitzende unseres Bundes. Dies für die „Rote Fahne“. Und im „Ban-Prolet“, dem „Organ“ des sogenannten Industrieverbandes für das Bauergewerbe, wird über die bisher gefällten Schiedssprüche in wunderbarem Deutsch ausgeführt: Die Sprüche der meisten Lohngebiete seien als erstmalig zum 31. Oktober 1932 für gültig erklärt. Dieser Quatsch steht dem in der „Rosen Fahne“ nicht im geringsten nach. Der „Industrieverband“, der diese Zellen verbrochen hat, scheint keine Ahnung zu haben, was das in genaues Deutsch überseht bedeutet. Danach würden nämlich die neuen Löhne erst am 1. November in Kraft treten. Das wäre ganz nett, aber das Gegenteil ist der Fall. Jedenfalls zeigen unsere Beispiele, mit welchen „Echtheit“ man im generischen Lager der „Hilfsvereine“ im Bauergewerbe behandelt. Damit seien diese „Förderer des Einheitsgebirgs“ einfallen ad acta gelegt.

**Tarifvertragsvertrimmung mit Hilfe der Nazis.** Der Braunschweiger Geschäftsführer des Deutschen nationalen Handlungsbekleidungsverbandes, Herr Stein, eifriger Nazifolger, wurde beim Unternehmervorstand wegen Neuabschluss eines Tarifvertrages vorbestraft. Der Syndikus dieses Verbandes, Drooge, erklärte: „Was wollen Sie denn eigentlich, Herr Stein! Ihre Partei lehnt doch die Tarife ab. Als hütlich der Leiter Ihrer Reichswirtschaftsabteilung, Herr Dr. Wagner aus München, in Braunschweig war, hat er in einer Sitzung mit heiligen Wirtschaftsführern klipp und klar erklärt, daß die ADGBP jeden Tarif ablehne.“ Das Doppelverbot der Nazis führt nicht jetzt an den kritischen Punkt...

Ein Nazi verläßt unsern Bund. Im Sommer 1925 ein biederer Jungmaurer unsern Bund bel. Nun ist er wieder von uns geschieden. Ein schreibbesserer Naziführer hat ihm zu diesem Zweck ein Schreiben mit der Maschine hergestellt, das der aus der Klassenfront flüchtende — Richard Ceppert ist sein Name — unterschrieben hat. Das Schreiben zeigt, daß weder der Naziführer noch Ceppert eine Ahnung haben vom Zweck und Sinn des gewerkschaftlichen Kampfes. Dabei ist es kein Ergebnis menschlich vernünftiger Überlegung, wenn nun unser einflussreiches Mitglied ausgerechnet zu den Gegnern der Tarifverträge und der Gewerkschaften geht, ausgerechnet zu den Schwerdienern jeglicher Art abhängig ist. Von dem erhöht Ceppert nun Löhne und Tarifverträge, die nicht von längerer Dauer sind, da er „als nationaler Sozialist für einen gerechten und sozialen Lohn kämpft“. Diesen Lohn, so hofft er, wird der Freund der Schwerindustrie, Hitler, den Arbeitern erringen. Daß Ceppert diese Hoffnung ausgerechnet mit den Leistungen der Nazis in Braunschweig, dem Mutterland der Parteibuchbeamten, be-

gründet, ist ein Muffertum des „nationalen Befreiungskampfes“, den die Nazis angeblich führen. Denn Braunschweig ist das einzige Land, das ein Monopol auf Regierungsarbeiten hat, die vom ersten Tage ihrer Befallung an nicht nur dienstfrei sind, sondern offenkundig die Arbeit haben, niemals Dienst zu tun, trotzdem das Gehalt einladen und außerdem pensionsberechtigt sind. Und der „gerechte Lohn“ steht in der Praxis der NSDAP, so aus, daß dieser ein Rieseneinkommen bezieht und der erste Obernazi, als er Minister wurde, sich bei Antritt seines Postens sofort sein Gehalt erhöhen und vom hitlerischen Staat eine Pension zuziehen ließ in einer Höhe, wie sie bisher in diesem Lande unbekannt war. Diese Partei ist jetzt das Ideal des Bauarbeiters Ceppert in Kopf. Angefächelt solcher Leistungen fällt er sich von der Eisernen Front angetrieben und von der Prinz-Muni-Partei Adolf Hifiers angezogen. Das von dem Nazi-Sekretär angefertigte Schreiben Cepperts wendet sich auch gegen die angeblich nichtsnutzigen und gemeinen Lügen, die über „unsern Führer Adolf Hifier, dem Führer des kommenden Deutschlands“, verbreitet werden, dem seine Gegner nicht im entferntesten das Wasser reichen könnten. Nun läßt sich der

**Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!**

Für die Woche vom 22. bis 28. Mai ist der 22. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Bauarbeiter Ceppert von Hifier das Wasser reichen. Geführt von ihm will er kämpfen um die Befreiung des schaffenden Deutschland vom Joch des „nationalen Fragments des Judentums“. — Der Brief, der mit „Heil Hifier“ schließt, ist so ziemlich das höchste, was einer Redaktion auf den Tisch gelegt werden kann. Was spricht allerdings mehr für den Verfasser des Briefes, jenen Nazi, unter dessen politische und soziale Fittiche nun der Mauer Ceppert geschlüpft ist. Für ihn selbst kann man nur tiefstes menschliches Mitleid haben. Da er noch jung ist, geben wir die Hoffnung nicht auf, daß ihm eines Tages doch noch über das arbeitereidmische Streben der Nazis ein Licht aufgehen wird...

**Kriegsopfer besuchen Schlachtfelder und Kriegesriedhöfe.** Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegessteilnehmer und Kriegesinterlebenden veranfaßt durch die Abteilung für Kriegsgräberfahrten in Wachen, Kapuzinergraben 13, am 18. Juni eine einseitige Gruppenreise von Trier nach Verdun, am 20. Juni eine fünfseitige Gruppenreise von Frankfurt a. M. nach Verdun, Reims, Caen, Colliques und am 13. August wiederum eine besonders billige einseitige Sonderfahrt von Wachen nach Trier (Preis für die Fahrt Wachen-Trier-Verden 3. Klasse 13,10 M.). An diesen Fahrten können auch Nichtmitglieder des Reichsbundes teilnehmen. Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an die Abteilung für Kriegsgräberfahrt des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Wachen, Kapuzinergraben 13.

Fünfzehnte Jahre Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Am 23. Mai 1917 gründeten 32 Kriegsbeschädigte den Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Sein Programm basiert auf der Grundlage „Staatshilfe und Selbsthilfe“. Die Devise ist „Nicht Dank, sondern Recht!“ Die Parole schlug ein, zu Hunderten schlossen sich die Kriegsbeschädigten schon in den ersten Tagen dem neuen Bund an. Ostern 1918 zählte der Bund 25 000 Mitglieder und 8000 Ortsgruppen. Nach Kriegsende setzte dann eine stürmische Aufwärtsentwicklung ein. Klare Erkenntnis zur Weimarer Verfassung und parteipolitische und religiöse Neutralität förderten den Aufstieg des Reichsbundes wesentlich. Vor Beginn der Inflation konnte er auf einen Mitgliedsbestand von 850 000 und 7000 Ortsgruppen blicken. Nach der Inflation, die den Bestand der noch sehr jungen Organisation sehr schwer erschütterte, begann der Wiederaufstieg. Heute sind über 400 000 Mitglieder in nahezu 6000 Ortsgruppen vereinigt. Der fünfzehnte Geburtstag bedeutet bei jeder anderen Organisation nicht viel, aber bei einem Bund der Kriegsopfer, dessen Gründung von Anfang an nicht als eine Vereinigung auf unbegrenzte Dauer gedacht war, bedeuten fünfzehn Jahre sehr viel. Etwa mit dem fünfzigsten Geburtstag dürften Kriegsopferbünde ihr natürliches Ende gefunden haben. Der Reichsbund hat auf dem eigenen sozialpolitischen Gebiet ein unangewöhnlich erfolgreiches Wirken entfaltet. Um in die Arbeit des Bundes einen Einblick zu geben, sei nur mitgeteilt, daß die seit über zehn Jahren bestehende zentrale Reichsabteilung beim Bundesvorstand allein beim Reichsversorgungsjahr 70 000 Rekrute mit reichem Erfolg vertreten hat. Hunderte von Rindern sind auf Kosten der Bundeskasse in die Kurverordnungsliste gelangt worden. Kranke und erholungsbedürftige Mitglieder haben für Zwecke der Erholungsfürsorge aus Bundesmitteln nicht unerhebliche Zuschüsse bekommen. Im Baperischen Allgäu besitzt der Bund am Christsee bei Oberdorf ein eigenes Erholungsheim. — Aus der praktischen Selbsthilfefähigkeit des Reichsbundes erhebt sich nach außen sichtbar die Gemeinnützige Reichsbund-Kriegesriedlung. Sie wurde im September 1924 gegründet und befaßt sich mit der Schaffung billiger und gesunder Kleinwohnungen für minderbemittelte Kriegsopfer. In der kurzen Zeit ihres Bestehens konnte sie 2 950 000 M. für 29 a u z w i s e n k r e d i t e und 1 100 000 M. für erste und zweite Hypotheken an Mitglieder ausgeben. Hierzu kommen die Mittel für die aus eigener Regie erstellten Wohnungen in Höhe von 2 242 000 M. Mit diesen Mitteln hat sie jetzt 2000 Wohnungen, vorbildlich in ihrer Einrichtung, den Wohnbedürfnissen der Neuzeit entsprechend und in den Mietzinsen den Einkünften der Mieter angepaßt, errichtet worden. Die Siegelhaftigkeit des Reichsbundes erstreckt sich über das gesamte Reichsgebiet, wird an vielen Orten noch durch eigene Siedlungsunternahmen von Orts- und Kreisgruppen des Reichsbundes ergänzt. — Zu seinem fünfzehnten Geburtstag wünschen wir dem Reichsbund, daß er auch weiterhin im Sinne der Kriegsopfer Gutes erwirken möge. Wir schließen uns durchaus dem Wunsch dieses Bundes selbst an, wenn wir im Sinne der Volkserfreudensbestrebungen mit ihm wünschen, daß nie wieder eine Organisation wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten notwendig sein möge!

- Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.**
- Wittenburg. (Meuselwitz.) Francisus Cieska, 61 Jahre.
  - Bremerhaven. Ignatz Nordmann, Maurer, 86 Jahre.
  - Johannes Schlichting, 58 Jahre alt.
  - Bunzlau. Paul Pohl, Maurer, 52 Jahre alt.
  - Burg/Magdeburg. Friedrich Kunst, Maurer, 63 Jahre.
  - Dresden. (Bosendorf.) Richard Lorenz, 5, 68 Jahre.
  - Hilfedorf. Christian Ernst, Zementierer, 56 Jahre.
  - Paul Fricse, Maurer, 50 Jahre alt.
  - Wilhelm Gerst, Stufarbeiter, 62 Jahre alt.
  - (Meuß.) Johann Patten, Stufarbeiter, 64 Jahre alt.
  - Flensburg. Ferdinand Borchert, Hilfsarb., 65 Jahre.
  - Hermann Trellin, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt.
  - Frankfurt (Ospfein). Johann Ernst II., M., 60 J.
  - Bernhard Wirtz, Hilfsarbeiter, 74 Jahre alt.
  - Görlitz. Karl Hartmann, Maurer, 72 Jahre alt.
  - Guben. (Friedrichsbad.) Richard Heinze, M., 24 J.
  - Helmstedt. (Heflingen.) Karl Pasemann, Dachb., 61 J.
  - Insterburg. (Erdlufungen.) George Philippitt, M., 64 J.
  - Hermann Unterreit, Maurer, 63 Jahre alt.
  - Kiel. Friedrich Friedrichsen, Dachbeder, 44 Jahre.
  - Königsberg. Paul Schimmelmann, Hilfsarb., 40 J.
  - Leipzig. (Wieseln.) Franz Dorn, Hilfsarb., 48 Jahre.
  - Albin Hänel, Glaser, 59 Jahre alt.
  - Edward Petzold, Maurer, 73 Jahre alt.
  - Limburg. (Wiesbaden.) Albert Götz, Zimmerer, 29 J.
  - (Obersach.) Friedrich Würz II., Maurer, 51 J.
  - Söbau. (Runnersdorf.) Hugo Klemm, Maurer, 49 J.
  - Gnd. (Golap.) Johann Mittelsteiner, Maurer, 49 J.
  - Magdeburg. Heinrich Brüning, Hilfsarbeiter, 58 J.
  - Friedrich Kersien, Maurer, 79 Jahre alt.
  - Julius Sandring, Maurer, 61 Jahre alt.
  - Mainz. (Königsfelden.) Adam Schorch, M., 69 J.
  - Mannheim. (Eppelheim.) Johann Engler, M., 77 J.
  - (Heidelberg.) Peter Weibrauch, Maurer, 76 J.
  - Taugard. August Zastrow, Maurer, 48 Jahre alt.
  - Ostberg. Friedrich Gäde, Maurer, 76 Jahre alt.
  - Rüftingen-Wilhelmshagen. Friedrich Schmidt, M., 64 J.
  - Schleswig. Karl Tietz, Maurer, 69 Jahre alt.
  - Sellin. Wilhelm Conrad, Buhler, 58 Jahre alt.
  - Trebnitz. August Stephan, Maurer, 82 Jahre alt.
  - (Obernitz.) Karl Suchanik, Hilfsarbeiter, 37 Jahre.
- Ehre ihrem Anden!

**Bücher u. Schriften**

„Gesundheit“ Schriftreihe für gesundheitsliche Lebensführung des bescheidenen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Staatenlosen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 197. — „Der Sport im freien hat begonnen“, verfaßt die Staatsummender der „Gesunden“ des bescheidenen Volkes. Dem zeitlichen Schrifttum entsprechend wird eine der häufigsten Sportarten, das mit den Gefahren ausstehende, die der Sozialdemokratie ererbte, weitere Schritte folgen, so über „Spielende Kinder“, über „Streifen“, über „Lederknie“ und „Rechtshilfe“, über „Mauern“ über „Kriegesinterlebende“ und „Kriegesbeschädigte“, über „Mittelschichten“ und „Sozialismus“. Das Werk enthält einen gut informierten Aufsatz über „Kampf um Preußen“, ferner Aufsätze über „Geist und Gedicht des Preußenwahlkampfes“, einen aktuellen Bericht über „Geist und Gedicht des Sozialismus“, einen Aufsatz über „Moderne Staatsanwaltschaft“ — die in Ausnahmefällen in den Staatsbüchern der sozialistischen Mittelklassen. Der Aufsatz „Sozialdemokratie und Art der Sozialdemokratie“ ist mit dem Verfasser, ausstehend, die der Sozialdemokratie aus der Sicht des heutigen liberalen Parlamentarismus enthalten. Die „Neuen Schritte für den Sozialismus“ erscheinen im „Vierteljahr“ mit dem Verfasser, ausstehend, die der Sozialdemokratie 2,5 M. Probehefte auf Verlangen kostenlos.

Wieder den Nationalsozialismus! Zwei Reden von Dr. August Bebel, Dr. H. u. u., eine Reichstagsrede von Dr. Rudolf Weil, ferner Reden von Dr. H. u. u., Berlin 30. Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung des ADGB, Berlin 64, Inselstr. 6, Preis 50 J. — Der alte Band der Nationalistischen Bibliothek bringt eine Reihe von Nationalistischen und eine Abrechnung über die Arbeitslosigkeit des Reichstages. Preis 50 J.

Erklärungen zu den Bestimmungen für Steinleiden. 1932. Von Dr. Sng. Rudolf Wolf. Mit 12 Abbildungen und 3 Tafeln. Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin 30, Wilhelmstr. 60. Gehört 2,40 M. — Zu der letzten Schrift werden die einzelnen Vorschriften eingehend besprochen und die neuen Bestimmungen für die Ausführung von Steinleiden erläutert.

Wohnung und Umbau von Wohnungen. Zusammenfassungen von Hildegard Beyer, Dr. H. u. u., mit Beiträgen von Hildegard Beyer, Hildegard Beyer und Hildegard Beyer, die wichtigsten und zeitgemäßesten Bücher. Mit zahlreichen Abbildungen. Berlin in Berlin 64, 4. Deutsche Verlagsanstalt, Berlin. Der Buch ist besonders wichtiges Gebiet der Wohnungsfrage und der Ausgestaltung von Wohnungen. Die Verfasser wollen den Lesern alle notwendigen Kenntnisse über die Wohnungsfrage mitteilen. Eine eigentlich selbstverständliche Forderung, die allerdings nicht immer beachtet wurde. Die „Aufgabe“ soll „Hilfskräfte“ werden, was für die Größe der Wohnung von Sozialwohnungen bedeutet. Man will die Lösung der Wohnungsfrage in solche Wohn-einheiten, die am besten vertrieben sind, in Verbindung mit der wirtschaftlichsten Ausnutzung des vorhandenen Flächenbestandes erreichen. Die Wohnwohnungen sollen den heutigen Verhältnissen angepaßt werden. Das ist die Aufgabe, die zu lösen nicht nur im Interesse des Wohlfühlens liegt, sondern auch volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Wie man das am praktisch besten lösen kann, wird in dem Buch am Ende von wertvollen Erfahrungen gezeigt. Aber nicht nur die Grundrissplanung ist durchzuführen; man hat auch an alle anderen Dinge der Wohnung gedacht, dabei aber die Zweckmäßigkeit nicht vergessen. Das Buch ist wertvolle Hinweise und Fingerzeige für alle, die mit diesen Dingen zu tun haben.

**Lesden, Volksfunk**

Garnaturen, byptien, Artikel, Preis, G 1 gr., „Medicus“ Berlin SW 43, alle Zustände.

Tragt unsere Bundesnadel!

Wer Tasch.-u. Arm.-Uhr ganz billig kaufen will, verlei Preis-grat von Uhren-Klasse, Ein. SW 29/71, Lössener Str. 8.

M. Mosberg, Hildesfeld, Hildesfelder Straße 5. Die beste Federkutschung, Qualitäts-Werkzeuge, Preisermäßigung — Ultra extra!

Großer Preisabst.: Billige böhmische Bettfedern! 60 Pf., bessere Qualität 80 Pf., halbwedige, flaumige, 1-Mk., 1,20 Mk., weiche, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,80 Mk., 2,50 Mk., teinst. 3,00 Mk., weiche, flaumige, geschlossene 3,50 Mk., 4,25 Mk., 4,50 Mk., 5,- Mk., 5,- Mk., Ruppelern, ungeschlossenen, mit Flaum gemengt, halbwedige 1,35 Mk., weiche, flaumige, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,80 Mk., 2,50 Mk., 3,00 Mk., 4,25 Mk., Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zeitlich gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht. Geld zurück. S. Bentsch in Frau Ull. America will Nr. 23, Hildesfeld.